

„Eine kleine Rüstungsmesse“

Sechs Jahre Proteste gegen Drohnenpräsentation in Frankfurt

Ute Schäfer/Pax Christi Idstein

Peter Dietz, lokaler Wirtschaftsredakteur der Frankfurter Rundschau (FR), erregte mit dieser Überschrift die Aufmerksamkeit der Pax Christi-Gruppe Idstein: die airtec, Messe für mittelständische Zulieferer aus der Luft- und Raumfahrtindustrie, öffnet im zweiten Jahr mit der Sonderausstellung „UAV World“ einer Sonderschau für militärische Drohnen. Die FR zitiert die Geschäftsführerin der airtec Diana Schnabel: „Viele Zulieferer bedienen nicht nur den zivilen, sondern auch den militärischen Bereich.“ Dazu die FR weiter: „Die Gewinnmargen seien bei letzterem schlicht höher. Deshalb hätten die Aussteller die Erweiterung der Messe auf Militärtechnik gewünscht. Und der Bereich soll weiter ausgebaut werden.“ In ihrem Programm kündigt die airtec als Höhepunkt einen Flugwettbewerb für Drohnen unter dem Motto „Bodennahe Aufklärung in urbanem Gelände“ an.

Die Idsteiner Gruppe engagiert sich seit vielen Jahren gegen Rüstungsexport. Einige von ihnen denken sofort daran, dass es zu Beginn der achtziger Jahre gelang, als Teil eines breiten Bündnisses die Military Electronic and Defense Exhibition (M.E.D.E.) aus der Rhein Main Halle in Wiesbaden dauerhaft zu vertreiben – damals durch eine mehrtägige gewaltfreie Aktion, begleitet von umfangreicher Öffentlichkeitsarbeit. Die Kürze der Zeit zwischen dem Zeitungsartikel und dem Beginn der Messe am 26.10.2007 ließ an Vergleichbares nicht denken.

Ziel des ersten Protestes 2007 war es, die Öffentlichkeit weiter darüber zu informieren, was auf einem Gelände präsentiert wird, das anteilmäßig zu 60% der Stadt Frankfurt und zu 40% dem Land Hessen gehört. „Mords-Geschäfte auf der Frankfurter Messe“ titelte das Flugblatt, mit dem gegen die Zurschaustellung von Kriegsgerät auf der Messe protestiert wird, insbesondere gegen Drohnen, die die Möglichkeit sauberer Kriege suggerie-

GASTBEITRAG

ren. Zum Messebeginn hielt die Pax Christi-Gruppe zusammen mit einigen „Ordensleuten für den Frieden“ eine Mahnwache auf der Verkehrsinsel vor dem Haupteingang der Messe. Besondere Aufmerksamkeit der Presse erregten zwölf aufsteigende weiße Tauben, Friedenssymbole, die sonst im Rahmen von Hochzeiten eingesetzt werden. Sie schafften es am folgenden Tag auf die Titelseite der Frankfurter Rundschau.

Parallel zur Vorbereitung der Proteste vor der Messe haben wir versucht, über die Stadtverordnetenversammlung Einfluss auf die Stadt Frankfurt als Anteilseignerin zu nehmen, damit die Geschäftsführung in Zukunft keine Präsentation von Rüstungsgütern mehr gestattet. Diese Forderung machte sich die Fraktion der Flughafenausbaugesegner mit einem Antrag zu eigen, der im Wirtschaftsausschuss allerdings keine Mehrheit fand. Bemerkenswert war die Stellungnahme der grünen Stadtverordneten, Ulrike Gauderer, Rüstungsgüter könne man doch zeigen, wenn man sie schon produziert habe. Im Weiteren haben wir die damalige Oberbürgermeisterin, Petra Roth, und den hessischen Minister Alois Rhiel als Vertreter/in der Anteilseigner um ein Gespräch gebeten. Beide lehnten ab, wobei der Minister sich eindeutig für militärische Einsätze und entsprechende Ausstattung der Truppen aussprach.

Angesichts der kurzen Vorbereitungszeit und der bescheidenen Mahnwache vor der Messe war das Presseecho ausgesprochen positiv. Wir beschlossen den Protest zu verstärken und ein Bündnis aufzubauen. Dazu kamen in den nächsten Jahren

- Attac AG Globalisierung und Krieg
- Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK), Landesverband Hessen und Gruppe Frankfurt
- Friedens- und Zukunftswerkstatt
- Internationale Ärzte für die Verhütung eines Atomkriegs/ IPPNW
- Pax Christi Bistumsstelle Limburg
- Ordensleute für den Frieden
- Zentrum Ökumene der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau

Zum aktuellen Stand der Drohnen-Kampagne

Die IMI ist eine von mittlerweile 140 unterstützenden Gruppen der Kampagne „gegen die Etablierung von Drohnentechnologie für Krieg, Überwachung und Unterdrückung“ mit dem dazugehörigen Appell „Keine Kampfdrohnen!“.

Mitte November fand im Anschluss an den Antikriegstag in Berlin eine Pressekonzferenz der Kampagne statt. Dort wurde das gute Zwischenergebnis von über 10.000 vor allem offline und auch online gesammelten Unterschriften für den Appell bekanntgegeben. Mittlerweile sind etwas mehr als 13.000 Unterschriften. Auch prominente Unterstützerinnen und Unterstützer sprechen sich für den Appell aus: der US-amerikanische Sprachwissenschaftler und Kritiker Noam Chomsky, die Band TOCOTRONIC, der Kabarettist Volker Pispers sowie Rolf Gössner, Florence Hervé, Jürgen Grässlin,

Anne Roth, Saskia Sassen, Hans-Christoph von Sponneck und Günter Wallraff.

Alle sind weiterhin aufgerufen, Unterschriften zu sammeln. Fertige Listen können auf der Kampagnenhomepage heruntergeladen werden

Die Kampagne hat zudem Wahlprüfsteine erstellt, auf die alle Parteien im Bundestag und unterstützende Parteien der Kampagne (Grüne, Linke, Piraten, DKP) bezüglich ihrer Positionen zu Drohnen antworteten (drohnen-kampagne.de/wahlprufsteine-btw-2013/). Nach der Wahl wird es nun zu prüfen sein, wie sich diese Verlautbarungen mit dem politischen Handeln decken.

Das nächste große Kampagnentreffen, findet voraussichtlich am 27. Oktober ab 12Uhr in der Café Buch-Oase in Kassel statt. Dazu sind alle eingeladen teilzunehmen, auch all jene, die sich jetzt einbringen möchten.

Viele weitere Informationen, Termine, Bundestagsdrucksachen und Aktionsvorschläge können auf der Kampagnenhomepage gefunden werden: drohnen-kampagne.de.

Auch sei noch einmal auf die FAQs zum Thema Drohnen der IMI hingewiesen. FAQ ist die englische Abkürzung für Frequently Asked Questions – häufig gestellte Fragen. Darin wird eine Zusammenstellung der aus unserer Sicht wichtigsten Daten, Fakten, Argumente und Entwicklungen rund um das Thema Drohnen und Krieg präsentiert. Jedes einzelne Info-Blatt behandelt einen bestimmten Teilaspekt des Themas. Sie können wie alle IMI-Materialien kostenlos von der IMI-Homepage heruntergeladen werden.

Thomas Mickan

Bis 2011 führten wir die Mahnwache zur Eröffnung der airtec auf der Verkehrsinsel vor dem Haupteingang durch, mit steigender Beteiligung. Ein professionell gestalteter Flyer mit leicht verfremdetem airtec-Logo wird von den Passant/innen gerne angenommen. Große Transparente („Rüstungsmesse: Nicht in Frankfurt!“, „Bücher statt Rüstung“) nehmen vor allem passierende Autofahrer/innen wahr. Ein weiterer Blickfang ist ein riesengroßes, silbriges Drohnenmodell. Inhaltlich beziehen wir uns auf die Verantwortung Frankfurts als Stadt, in der der Friedenspreis des deutschen Buchhandels vergeben wird und mit einer Bürgermeisterin, die zu den „Mayors for Peace“ gehört. Während zu Beginn unserer Aktionen das Thema „Drohnen“ relativ unbekannt war, müssen wir zunehmend Bezug auf Berichte von Drohneinsätzen mit hohen Zahlen von Toten und Verletzten nehmen. „Ich habe Verwandte in Afghanistan durch Drohnen verloren. Bisher hat das niemand interessiert. Und jetzt steht ihr hier und protestiert dagegen“, sagt eine Passantin, kann nicht weitersprechen und geht vorbei. Die Namen von Opfern, soweit uns zugänglich, und die Umstände ihres Todes, sind bei jeder Mahnwache auf großen Tafeln präsent. Das Thema „Extralegale Hinrichtungen“ empört auch Menschen, die sich nicht zur Friedensbewegung zählen. Auch im Programm der airtec ändert sich etwas. Ein unbefangener angekündigter Flugwettbewerb von Drohnen findet sich nicht mehr im Programm, die Vorträge sind weniger an Berichten vom praktischen Einsatz von Drohnen als an technischen Komponenten orientiert. Das Interesse der Presse wächst. Wir bekommen zunehmend Interviewanfragen. Pressevertreter/innen befragen Aussteller nach der militärischen Verwendung Ihrer Produkte und der eigenen Verantwortung für das, was diesem geschieht.

Wir führen die Versuche fort, Einfluss auf die Stadt Frankfurt zu nehmen. Ein Gespräch mit dem Referenten des neuen Ober-

bürgermeisters Feldmann zeigt uns neue Wege auf. Nach den Wahlen 2013 werden wir uns erneut an alle Stadtverordneten wenden, mit der Bitte um einen Gesprächstermin in den Fraktionen. Außerdem werden wir eine Berichts-anfrage an den Bürgermeister direkt richten, sich über die auf der airtec präsentierten Güter sachkundig zu machen und eine Position dazu zu finden.

2012 verlagerten wir den Protest auf einen der belebtesten Plätze Frankfurts, an die Hauptwache, vor der Katharinenkirche, diesmal mit 60 Teilnehmer/innen. Motto: „Der Krieg beginnt hier!“ Wir lassen wieder Tauben steigen, und hunderte selbstgebastelte Papierflieger mit unserem Protest gegen Drohnen segeln vom Kirchturm auf den Platz. Wir werden von wesentlich mehr Menschen wahrgenommen als vor dem Messegelände, das Echo ist überwiegend positiv. Es ist nicht einfach, die Wirksamkeit unserer Aktionen zu beurteilen. Sicherlich ist es gelungen, Öffentlichkeit herzustellen und die Drohnen von einem Wirtschaftsgut zu dem Skandal zu machen, der sie sind. Damit sind wir ein kleiner Teil der wachsenden internationalen Bewegungen und Kampagnen, die sich gegen Drohnen engagieren. Sicherlich würde es auffallen, wenn wir nicht mehr protestierten.

Zu den diesjährigen Protesten:

Am 4.11., dem Vortag der diesjährigen airtec 2013, findet wieder Protest gegen bewaffnete Drohnen und Überwachungsdrohnen statt:

Mahnwache vor der Katharinenkirche/Hauptwache, Frankfurt am Main, 15.30 - 16.30 Uhr. Posaunenklänge begleiten die Erinnerung an die Drohnenopfer, große Papierflieger starten, vom Turm der Katharinenkirche steigen weiße Tauben auf. An den Messetagen vom 5. - 7.11. von 8.45 - 9.15 Uhr werden an Besucher/innen vor dem Messegelände Protestflyer verteilt.

Kissinger-Professur: Gefährlicher Präzedenzfall

Vor einiger Zeit wurde bekannt, das Verteidigungs- und das Außenministerium hätten beschlossen, eine Kissinger-Stiftungsprofessur an der Uni Bonn einzurichten (siehe AUSDRUCK, August 2013). Schon allein aufgrund der zahlreichen schweren Menschenrechtsverletzungen, derer sich Henry Kissinger in seiner Zeit als nationaler Sicherheitsberater und US-Außenminister schuldig gemacht hat, war die Empörung hierüber groß und es hat sich mittlerweile ein Protestbündnis gegen die Einrichtung der Stiftungsprofessur gebildet.

Nachdem unlängst die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Grünen veröffentlicht wurde, sind nun auch weitere Infos durchgesickert, die den ganzen Vorgang noch problematischer machen (Drucksache 17/14706). Als Ziel des Unterfangens gibt die Bundesregierung an: „Mit der Professur soll die außen- und sicherheitspolitische Ausbildung gestärkt und zugleich ein Beitrag zur Verbreitung des außen- und sicher-

heitspolitischen Bewusstseins sowie zur Vertiefung des transatlantischen Verhältnisses geleistet werden.“

Die Professur werde für fünf Jahre eingerichtet, Kostenpunkt 300.000 Euro jährlich, wobei 250.000 das Verteidigungs- und 50.000 das Außenministerium übernehmen. Wie aus den Angaben der Bundesregierung hervorgeht, finanziert das Verteidigungsministerium (außerhalb der Bundeswehr-Unis) keine anderen Professuren, wodurch der ganze Vorgang umso mehr Gewicht erhält: „Mit anderen Worten: Bei der vom Verteidigungsministerium an die Uni Bonn herangetragenen Professur handelt es sich um einen Präzedenzfall. Um einen Tabubruch, würden die Kritiker sagen.“

In diesem Zusammenhang ist die berechtigte Sorge, dass das Verteidigungsministerium als Geldgeber Druck ausüben wird, damit im Rahmen der Professur auch militärraffine Forschungsergebnisse produziert werden. Einen solchen Verdacht weist Matthias Herdegen,

Direktor am Bonner Institut für Völkerrecht, der laut Universitätsangaben mit für die Einrichtung der Stiftungsprofessur verantwortlich sein soll, natürlich weit von sich. Beim Onlineportal [Telepolis](#) (15.09.2013) wird er folgendermaßen zitiert: „Im laufenden Betrieb hat der Geldgeber keinen Einfluss auf Forschung und Lehre oder die Veröffentlichung von Forschungsergebnissen.“

Diese Aussage darf aber getrost bezweifelt werden, so zitiert Telepolis weiter aus einer Untersuchung des Landesrechnungshofs Nordrhein-Westfalen aus dem Jahr 2011: „Bei der Besetzung der Stiftungsprofessuren sowie bei deren inhaltlicher Ausrichtung waren teilweise erhebliche Einflussnahmen der Stifter festzustellen“, hieß es im entsprechenden Jahresbericht. Der Landesrechnungshof forderte, dass durch die Annahme und Fortführung von Stiftungsprofessuren die Wissenschaftsfreiheit der Hochschulen nicht beeinträchtigt werden dürfe.“

Jürgen Wagner